

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Dr. Christian Ruck,
Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der
Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Sascha Raabe, Gregor Amann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/8884 –**

Deutschlands globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten – Innovation fördern und Zugang zu Medikamenten für alle sichern

A. Problem

Jährlich leiden und sterben viele Millionen Menschen an Krankheiten, die vermeidbar oder behandelbar wären. Besonders dramatisch ist diese Situation immer noch bei Infektionskrankheiten in den Entwicklungsländern.

Es ist eine Zielvorgabe für die Millennium Development Goals (MDGs), in Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar zu machen. In den letzten Jahrzehnten wurden im globalen Maßstab diesbezüglich große Fortschritte erzielt. Dennoch bleibt etwa ein Drittel der Menschheit heute weiter von essenziellen Medikamenten ausgeschlossen.

Daneben existieren die sog. vernachlässigten Erkrankungen, die in reicheren Ländern gar nicht oder nur selten vorkommen. Entsprechend gibt es hier für die Forschung auch keinen ausreichenden wirtschaftlichen Anreiz. Diese von der medizinischen Entwicklung vernachlässigten Erkrankungen (neglected diseases) bedürfen des gemeinsamen, internationalen Engagements von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Weiterhin kommt hinzu, dass neue und wirksame Medikamente und Verfahren durch das TRIPS-Abkommen (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) eine beinahe weltweit gesicherte Monopolstellung der Patenthalter für lange Zeit (aktuelle Patentlaufzeit von mindestens 20 Jahren) ohne Nachahmerkonkurrenz bedeuten und daher für bedürftige Kranke und deren Angehörige in vielen Regionen dieser Welt ökonomisch unerschwinglich bleiben, obwohl sie verfügbar und lebensrettend sein könnten aufgrund ihrer Produktionskosten zu einem Bruchteil der aktuellen Preise. Aber auch die Entwicklungsländer selbst stehen in der Verantwortung. So sind unzureichende eigene Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen und Unzulänglichkeiten in

der öffentlichen Versorgung eine häufige Ursache dafür, dass der Zugang zu wichtigen Medikamenten in Entwicklungsländern eingeschränkt bleibt. Ebenso wirkt sich die Korruption in den Entwicklungsländern negativ auf die Versorgung mit Medikamenten aus.

Erste Schritte auf dem Weg zu einer Harmonisierung des Schutzes des geistigen Eigentums und den Erfordernissen der Gesundheitsfürsorge in den Entwicklungsländern werden bereits seit 2001 unternommen. Die Anstrengungen, vor allem Infektionskrankheiten durch Aufklärung, Prävention oder bedarfsgerecht verfügbare Impfstoffe zu bremsen, sind allerdings immer noch viel zu gering. Angesichts der großen Innovationskraft globaler Wirtschaftsstrukturen kommt es jetzt darauf an, die Anreize für Entwicklungsprozesse so zu setzen, dass die Erforschung bisher vernachlässigter Erkrankungen sowie präventiver Strategien und Impfstoffe zum lohnenden Projekt für die Wissenschaft wird.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8884 anzunehmen.

Berlin, den 7. Mai 2008

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sibylle Pfeiffer
Stellvertretende Vorsitzende
und Berichterstatterin

Dr. Wolfgang Wodarg
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8884** in seiner 157. Sitzung am 24. April 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Deutschlands globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten – Innovation fördern und den Zugang zu Medikamenten, insbesondere in Entwicklungsländern, sichern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie in seiner 63. Sitzung, der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in seiner 63. Sitzung, der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung in seiner 59. Sitzung und der Haushaltsausschuss in seiner 68. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der Ausschuss für Gesundheit hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag auf Drucksache 16/8884 in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Die **Fraktion der SPD** führt aus, obwohl man weltweit große Fortschritte in der Medizin zu verzeichnen habe, gebe es in vielen Regionen der Welt Verteilungsprobleme, nicht nur was den Zugang zu Wissen angehe, sondern auch zu möglichen Hilfen. Derzeit werde bei der WHO verhandelt, ob es andere Anreize für die Forschung geben solle als das Patentsystem. Beispielsweise, dass es anders gehe, seien die sog. Product

Development Partnerships, die Kooperationen zwischen Arzneimittelunternehmen und NGOs. Ziel dieser sei es, sinnvolle Medikamente ohne Patentschutz zu produzieren und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Im Bereich der Malaria habe man hierdurch große Erfolge verzeichnen und viele Menschen retten können.

Der Antrag befasse sich daneben mit Parasitosen, aber auch Viruserkrankungen, die hauptsächlich in den Entwicklungsländern vorkämen und für die es z. T. überhaupt keine Medikamente gebe. Im Kern stehe die Botschaft, dass sich die Forschung nicht am Bedarf sondern an der Nachfrage ausrichte. Obwohl der Bedarf an Medikamenten bestehe, werde wegen nicht zu erwartender Gewinne die Erforschung und Herstellung für arme Länder vernachlässigt. Im Gegensatz dazu werde in den Industrieländern an Arzneimittel geforscht, deren Notwendigkeit in Frage zu stellen sei.

Der Antrag fordere neben alternative Preisgestaltungen, dass die regionalen Beschaffungssysteme sowie die Produktion von Arzneimitteln durch die Entwicklungsländer selbst erleichtert und gefördert werden. Der Zugang zu Lizenzen solle ermöglicht werden, aber auch durch entsprechende Infrastruktur umsetzbar sein. Daneben werbe man dafür, öffentlich private Partnerschaften zu fördern. Ebenso müssten sich die Firmen der Möglichkeit von Zwangslizenzen nach dem TRIPS-Abkommen der WTO bewusst werden. Auch sollten Instrumente, mit denen Forschungsanreize gesetzt werden könnten, zwischenstaatlich finanziert und unterhalten werden können und am wirklichen Bedarf ausgerichtet sein. Hierüber und über die Allokation sowie Produktion der Forschungsmittel könne die WHO wachen. Patenthemmnisse kämen nicht zum Tragen, wenn die Forschung durch die Forschungsmittel schon bezahlt wäre und das Geld nicht erst durch Patente erwirtschaftet werden müsse. Daneben fordere der Antrag die Bundesregierung auf, innerhalb der eigenen Strukturen die Zuständigkeiten darzustellen und bei der Forschung darauf hinzuwirken, dass in Bezug auf Arzneimittel, auf Impfstoffe und auf präventive Strategien, die Bedürfnisse der Entwicklungsländer mehr in den Vordergrund gestellt würden.

Die **Fraktion der FDP** merkt an, dem Antrag mangle es an klaren Konzepten. So fehle eine klare Kompetenzverteilung der Bundesregierung. Sofern er beschreibe, dass in den Entwicklungsländern von den zur Verfügung gestellten Geldern nur ein Bruchteil bei den bedürftigen Patienten ankäme, sei darauf hinzuweisen, dass es die Aufgabe der Bundesregierung sei, bei Regierungsverhandlung darauf zu drängen, dass diese Art von Korruption beendet werde. Dem sei sie bislang nicht nachgekommen. Weiterhin erwähne der Antrag nicht, dass Zulassungen von neuen Medikamenten sehr oft an den komplizierten Zulassungsstrukturen in den Entwicklungsländern selbst scheitern würden. Sofern es um die Eigenproduktion in den Entwicklungsländern gehe, zumindest was die Synthese von einfachen Medikamenten anbelange, die keine komplizierte chemische Industrie erfordere, sei dies zu begrüßen. Sofern es jedoch darum gehe, was aufgebaut werden müsse, zeige der Antrag keine Lösungen auf. Dem An-

trag werde sie nicht zustimmen, demnächst aber ein eigenes Konzept vorstellen.

Die **Fraktion DIE LINKE** weist daraufhin, dass der Antrag viele gutgemeinte Vorschläge und Aufforderungen an die Bundesregierung enthalte. Gleichwohl werde sie sich enthalten. Sofern er Betriebsabkommen, geistiges Eigentum und die Frage der mangelnden Forschung anspreche, so teile sie die Auffassung, dass nach alternativen Wegen gesucht werden müsse. Sie glaube aber nicht, dass sich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der internationalen Bühne sehr stark für geistiges Eigentum, und zwar ohne Einschränkungen im Rahmen der WTO, aber auch im Rahmen der Handelspolitik, stark mache. Es gehe hier um Lobbyismus für die großen Pharmakonzerne. Als Entwicklungspolitiker müsse man das geistige Eigentum in diesem Bereich insgesamt in Frage stellen. Wie könne es sein, dass geistiges Eigentum gesetzlich verbrieft werde, was über Medikamente zur Genesung von Menschen beitrage. Insofern müsse eine umgekehrte Politik betrieben werden. Zwar müsse die Forschung und Erfindung von Medikamente weiterhin honoriert werden, jedoch als Leistung und nicht auf Dauer von 20 oder 50 Jahren als geistiges Eigentum, mit der Folge, dass nur bestimmte Konzerne über die Produkte verfügen könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkt an, dass die Krankheiten deswegen vernachlässigt seien, weil die geringe Kaufkraft der Menschen in den Entwicklungsländern dazu führe, dass die private Pharmaindustrie nicht genug Geld verdienen könne. Insgesamt begrüße sie den Antrag. Gleichwohl könne man aber eine Kluft zwischen der Problembeschreibung und dem Forderungsteil erkennen. Obwohl die Problemlage im Wesentlichen korrekt dargestellt worden sei, fehle es an einer Umschreibung der Rolle der öffentlichen Forschung in Deutschland. Hier wäre es wichtig

gewesen, die Bundesregierung aufzufordern, diese voranzutreiben, besonders zu unterstützen, Prioritäten zu setzen und mehr finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ebenso fehle im Antrag die dringend notwendige Anforderung, zu den Forschungsergebnissen einen freien Zugang ohne Patentierung zu gewähren. Er müsse auch insgesamt viel deutlicher die Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten Deutschlands benennen. Schließlich begrüße sie die unkritische Betrachtung von Spendenprogrammen der Pharmaunternehmen nicht. Diese seien vielleicht kurzfristig für die betroffenen Entwicklungsländer positiv, lösten aber nicht das grundsätzliche Problem, die Monopolisierung von Medikamenten durch das Patentsystem, das in vielen Fällen Medikamente für arme Menschen unerschwinglich mache. Sie werde sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, es gehe darum, die Gesundheitssituation in den Entwicklungsländern im Einklang mit den MDGs zu verbessern. Es liege in der Natur der Sache, dass man keinen allumfassenden Antrag machen können. Entsprechend hätten die Schwerpunkte nicht bei der Korruption gelegen. Das geistige Eigentum sei das einzige Kapital, was die Pharmaunternehmen hätten und mit dem sie arbeiten müssten. Eine breitgefächerte Gesundheitsversorgung und letztlich auch Gesundung der betroffenen Menschen sei nur in Zusammenarbeit mit ihnen möglich. Insgesamt zeige der Antrag auch, welch ein Querschnittsthema Entwicklungspolitik eigentlich sei und dass an vielen Fronten gekämpft werde. Es hätten viele Fachausschüsse und Fachpolitiker mitgewirkt. Dies mache aber auch deutlich, dass der Antrag anders ausgesehen hätte, wenn nur die Entwicklungspolitiker ihre Prioritäten gesetzt hätten. Im Ergebnis aber habe er klar die Problematik aufgezeigt und es komme zum Ausdruck, dass Kooperationen in diesem Bereich sehr wichtig seien.

Berlin, den 7. Mai 2008

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatlerin

Dr. Wolfgang Wodarg
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatlerin

